

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 5

Artikel: Chevallaz contra Furgler? Oder : die Umfrage der SPS zur Dienstpflicht
Autor: Haller, Gret
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339716>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den. Dies widerspräche aber dann der Stellung des reinen Lohnempfängers. Genau dieser Widerspruch wird heute von der Arbeitgeberseite als Argument gegen die Demokratisierung verwendet: Die Arbeitnehmer könnten nicht verantwortungsvoll handeln, weil sie kein Risiko tragen würden. Sowohl die Begründung wie der Schluss greifen – mit ideologischer Absicht – zu kurz. Bereits heute tragen die Arbeitnehmer für ihr investiertes Arbeitskapital ein sehr hohes Risiko ohne Gewinnchance, während die Arbeitgeber Gewinnchancen mit in der Regel durch die Rechtsform begrenzten Verlustrisiken haben. Das Problem ist heute, dass die Arbeitnehmer keine ihrem Risi-

ko entsprechende Verantwortung tragen können, weil sie nichts zu sagen haben. Die Beteiligung am Gewinn, der zum grössten Teil als neutralisiertes Kapital wieder investiert werden sollte, bleibt eine vordringliche Forderung.

9. Verknüpfung von Arbeitswelt und Ausbildung

Eine Veränderung der Arbeitswelt in unserem Sinne verlangt selbstverständlich auch Änderungen in der bisherigen Art der Ausbildung. Grundsätzlich muss die Ausbildung umfassender erfolgen. Arbeitsteilung sollte auch in der Ausbildung auf ein vernünftiges Mass reduziert werden. Entsprechend sind für Lehrlinge eine breite-

re Allgemeinbildung und für Studenten mehr praktische Erfahrungen während der Studienzeit zu fordern. Damit wäre eine weitere Art der Hierarchie – jene zwischen Kopf- und Handarbeitern – wenigstens zum Teil reduziert.

Ansätze bereits vorhanden

Jeder dieser neun Punkte beruht auf heute schon sichtbaren Ansätzen. Hier muss eingehakt werden. Eine grosse und langwierige Arbeit für SP und Gewerkschaften. Das Positive ist, dass jeder Schritt an sich schon konkrete Verbesserungen bringen kann, und dass die Eigendynamik der Entwicklung auf unserer Seite steht.

Gret Haller

Chevallaz contra Furgler?

oder: Die Umfrage der SPS zur Dienstpflicht

Die SPS hat eine Umfrage zur Dienstpflicht der Männer und zu einer allfälligen der Frauen gestartet, die die Sektionen bis Mitte August beantworten sollen. Erfreulich ist an dieser Umfrage, dass die beiden Fragen in einen Zusammenhang gestellt werden, sie haben nämlich tatsächlich Berührungspunkte. Ein Beispiel: Ehepaar X hat ein zwei Monate altes Kind, die Mutter hat nach acht Wochen bezahltem Mutterschaftsurlaub ihre Erwerbsarbeit wieder aufgenommen, das Kind wird während des ersten Lebensjahres vom Vater betreut. Da Wiederholungskurse in der Schweizer Armee zurzeit noch ohne Kinderhütendienst stattfinden, ersucht X um Dispensation

vom WK. Das Gesuch wird abgewiesen: Nur «zwingende» Gründe würden eine Verschiebung oder Dispensation rechtfertigen, z. B. die Examen im Studium. Kinderbetreuung sei kein zwingender Grund. Basta.

Da wird aus dem Hause Furgler in himmlischen Tönen das partnerschaftliche Eheglück gepredigt, in welchem die Eheleute frei entscheiden sollen, wie sie die Aufgaben in der Familie verteilen wollen. Und aus dem Hause Chevallaz schlägt der Blitz in Form eines Aufgebotes ein und vernichtet das partnerschaftliche Glück ehelicher Wahlfreiheit mit einem Schlag. Jede FHD-Angehörige hat beim ersten Kinderschrei die Möglichkeit, sich vom Dienst dispen-

sieren zu lassen. Warum nicht auch der Ganztagesvater?

Mit Recht wird gegen eine allfällige Dienstpflicht der Frauen eingewendet, Frauen leisteten schon sonst genug für die Gemeinschaft, indem sie in unbezahlter Arbeit z. B. Kinder erziehen. Aber warum eigentlich soll diese Art, für die Gemeinschaft tätig zu sein, nur den Frauen vorbehalten sein? Für Männer könnte man doch genau gleich argumentieren.

Die Überlegung muss aber noch weiter gehen: Im sicherheitspolitischen Konzept der SPS steht, die Armee müsse ein «Spiegelbild einer verantwortungsbewussten und aktiv demokratischen Gesellschaft» sein. Dieser Satz ist schon an sich unanständig, geht er doch davon aus, dass allein die Männer schon eine aktiv demokratische Gesellschaft ausmachen können... ganz zu schweigen vom Verantwortungsbewusstsein. Es dürfte klar sein, dass ich nicht

der Ansicht bin, die Frauen sollten nun auch in diese Armee einbezogen werden, damit das Spiegelbild dann stimmt. Ganz im Gegenteil! Aber genau in dieser Aussage des SPS-Konzeptes liegt der Ansatzpunkt für die Gefahr einer obligatorischen Männer-Dienstpflcht: Die Armee

und das darin gepflegte militärisch-hierarchische Denken beeinflussen weitgehend auch unser Zivilleben, durchdringen die Wirtschaft, sind allgegenwärtig. Und dies ist nur deshalb möglich, weil alle Männer gezwungen werden, sich mit dieser Armee irgendwie zu arrangieren, weil jeder

dazugehört, manchmal auch widerwillig. Für mich ist diese Allgegenwart hierarchischen und letztlich zerstörerischen Denkens bedrohlich. Ich hoffe, dass bei der Beantwortung der Umfrage auch solche Zusammenhänge diskutiert werden.

J. W. Brügel

Britische Zustände

Nicht nur auf dem westeuropäischen Festland, auch auf den britischen Inseln gärt es innerhalb der Sozialdemokratie. Aus der Labour Party sind prominente Politiker ausgetreten und haben eine eigene Sozialdemokratische Partei gegründet. Unser Londoner Mitarbeiter schildert die komplizierten und verwirrenden britischen Zustände.

Die Lage in der Labour Party ist nach der Konferenz vom 24. Januar, die das strittige Problem der Vorsitzendenwahl definitiv regeln sollte, genauso unübersichtlich wie zuvor. Klar ist nur, dass der Wunsch, den im Januar gefassten Beschluss zu revidieren, nicht auf den rechten Flügel und die Mitte beschränkt bleibt, sondern dass auch weit links stehende Parteifunktionäre darauf hinarbeiten. Michael Foot, der Parteiführer, über dessen Vorschlag für die künftige Wahl des Parteivorsitzenden die Konferenz hinweggegangen ist, hat früher immer auf die Unantastbarkeit von Konferenzbeschlüssen gepocht; jetzt spricht er davon, dass solche Entscheidungen, vielfach gestützt auf eine Zufallsmehrheit, abänderungsfähig sind. Seine Beschwörungen, niemand solle der Partei den Rücken kehren, verhinderten eine für die Labour Party höchstgefährliche Abspaltung nicht.

Die Frage des Wahlkollegiums

Die Konferenz vom Januar hatte sich für einen komplizierten Vorgang bei der zukünftigen Wahl des Parteiführers und seines Stellvertreters ausgesprochen. Es soll ein Wahlkollegium gebildet werden, in dem die Unterhausfraktion, die bisher allein entschieden hatte, mit 30 Prozent, die der Partei angeschlossenen Gewerkschaften mit 40 Prozent und die lokalen Parteiorganisationen mit 30 Prozent vertreten sind. Michael Foot will diesen Beschluss zugunsten eines 50%igen Anteils der Abgeordneten (je 25% für die anderen beiden Gruppierungen) abändern. Selbst wenn er am Parteitag im Herbst damit durchkommt, was höchst unsicher ist, bringt er gewichtige Kritiker des Beschlusses vom 24. Januar nicht zum Schweigen.

Die 12 Abgeordneten und zwei ehemalige Minister, die nun aus der Partei ausgetre-

ten sind und am 26. März ihre eigene «Sozialdemokratische Partei» gegründet haben, führen an, es gehe ihnen – und vielen anderen, die nicht aus der Partei ausgetreten sind – nicht um eine Änderung der Prozentsätze, sie lehnen das vorgeschlagene Wahlkollegium aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Wenn man die Wahl des Parteiführers wirklich demokratisieren wolle (unter diesem Schlagwort lief die Propaganda für die Entmachtung der Unterhausfraktion), müsse man jedem einzelnen Parteimitglied eine Stimme geben; aber gerade davon wollen die angeblichen Demokratisierer nichts wissen. Groteskerweise wird zur Ablehnung des Rechtes der Parteimitglieder auf Mitbestimmung angeführt, dass sich der Einfluss der verschiedenen Medien auf die Abstimmung der Parteimitglieder in fortschrittsfeindlichem Sinne auswirken könnte. Wer diesem Argument Glauben schenkt, müsste aber logischerweise die Abschaffung der Parlamentswahlen verlangen, bei denen die Medien die Wählermassen ja bis zu einem gewissen Grade auch zu beeinflussen vermögen.

Die Stellung der Unterhausfraktion

Die Behauptung, dass die Änderung des Wahlmodus nichts anderes sei als eine Anpas-